

# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück- und Hypothek-, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66<sup>2</sup>/<sub>3</sub>% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redaktour (m. Ausn. d. Handelst.): i. V.: Dr. Edwards, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Die englische Antwortnote.

Zum Entgegenkommen bereit.

London, 29. Juli. (Reuter.)

Die britische Antwort auf die französische Note über Oberschlesien gibt ganz ausführlich die Umstände wieder, welche die gegenwärtige Lage geschaffen haben. Die Antwortnote beschäftigt sich eingehend mit dem Vorwurf, daß England sich gegen Frankreich eingesetzt und hierdurch die Haltung Deutschlands gestärkt habe. Weiterhin lenkt die Note die Aufmerksamkeit auf das als eine außergewöhnliche Handlung von Seiten Frankreichs bezeichnete Bestreben hin, mit der nachdrücklichen Forderung sofortiger Entsendung von Verstärkungen unabhängig vom Obersten Rat vorzugehen. Die Note betont, es sei keine Grundlage für die Verfolgung einer gemeinsamen zukünftigen Politik möglich und kein für eine zukünftige Verhandlung brauchbares Ziel gegeben, ehe nicht England Klaren Einblick in die Absichten der französischen Regierung erhalte. Die britische Regierung sei bestrebt, jedes Mittel zu erwägen, um Frankreich entgegenzukommen. Es wird aber betont, daß nach den in London vorliegenden Nachrichten den französischen Truppen in Oberschlesien keine Gefahr drohe, auf Grund der die Entsendung von Verstärkungen als dringlich angesehen werden könnte.

In London, 29. Juli.

Die Lage, die durch die letzte französische Bedingung bezüglich der Truppenentsendung nach Oberschlesien entstanden ist, wird in hiesiger, sehr gut unterrichteten Kreisen ohne jeden Vorbehalt als überaus ernst bezeichnet. Die immer wieder verbreitete Behauptung, daß eine Einigung zwischen England und Frankreich erfolgt sei, hat noch niemals so sehr der Begründung entbehrt wie gerade in diesem Augenblick. Die Stimmung in hiesigen Regierungskreisen ist augenblicklich die, daß man seit dem Kriege noch niemals die Entente für so gefährdet angesehen hat wie durch die jüngste französische Bedingung. Der Versuch Briands, dem Obersten Rat seinen Willen aufzuzwingen und die Zustimmung Englands und Italiens zu der sofortigen Entsendung französischer Truppen nach Oberschlesien zu erlangen, wird in hiesigen Regierungskreisen als ein sehr gefährlicher und durchaus unzulässiger Versuch angesehen, die Zustimmung der alliierten Mächte zu einer Politik zu erzwingen, die sie nicht nur nicht billigen, sondern als höchst gefährlich sogar unbedingt verwerfen.

Paris, 29. Juli. (W. T. B.)

Lord Hardinge, der englische Botschafter in Paris, überreichte heute Briand die Antwort seiner Regierung auf die letzte französische Note. Die Unterredung dauerte ¼ Stunden.

Die alliierte Sachverständigenkommission zur Prüfung der Aufteilung Oberschlesiens ist heute wiederum im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zusammengetreten.

\*

Das „Journal“ meldet, daß das Datum des 4. 8. als Zusammentritt des Obersten Rates endgültig aufgegeben wurde und daß die Sitzung nicht vor dem 7. oder 8. August in Paris stattfinden wird, weil der italienische Ministerpräsident Bonomi nicht vor diesen Tagen in Paris sein könne.

## Eine Mahnung der Reichsregierung.

Amtliche Meldung.

Angesichts der herannahenden Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens hat gestern die Reichsregierung im Verein mit der preussischen Staatsregierung beschlossen, in enger Fühlungnahme mit der Bevölkerung Schlesiens dahin zu wirken, daß die Bewohner des Landes sich auch weiterhin höchste Zurückhaltung auferlegen, um zu ihrem Teil dazu beizutragen, eine sachliche Entscheidung zu ermöglichen. Es gilt, der Welt ein Beispiel dafür zu geben, wie ein Volk durch seine Selbstbeherrschung der sachlichen Lösung einer Frage von so großer Tragweite die Wege ebnet. Die Reichsregierung richtet diese Mahnung nicht nur an die Schlesier, sondern an das ganze deutsche Volk und erwartet, daß jeder, der der deutschen Sache dienen will, ruhiges Blut bewahrt und sich der hohen Verantwortung bewußt bleibt, die uns der Augenblick auferlegt. Jede unbefonnene Haltung würde die von uns beanspruchte sachliche und gerechte Lösung der Frage gefährden.

\*

Der deutsche Ausschuss für Oberschlesien hat am 28. Juli an die Ministerpräsidenten in London, Paris und Rom sowie an die Botschafterkonferenz zu Paris folgendes Telegramm gerichtet:

„Im Namen aller deutschen politischen und wirtschaftlichen Organisationen Oberschlesiens richten wir an die zur Entscheidung befähigten Mächte die Bitte, in den am 4. August 1921 beginnenden Verhandlungen endgültig über das Schicksal Oberschlesiens zu beschließen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen geht die Bevölkerung seelisch und wirtschaftlich zugrunde; eine provisorische Lösung würde den jetzigen Zustand nur verschlimmern.“

Im Interesse der gesamten Bevölkerung Oberschlesiens fordern wir deshalb die sofortige endgültige Entscheidung.“

Wie uns aus Hamburg gemeldet wird, hat der deutsche Botschafter in Rom, Herr v. Beerenberg Gosler seinen Urlaub, den er in Hamburg verbrachte, unterbrochen und ist wieder nach Rom zurückgekehrt.

## Die polnische Außenpolitik.

### Eine Unterredung mit Minister Skirmunt.

Bericht für die „Vossische Zeitung“.

Warschau, Ende Juli.

Man sollte einen leitenden Staatsmann nie „interviewen“, wenn man ihn wirklich auf Herz und Nieren prüfen will. Das knappe Frage- und Antwortspiel setzt präzise, scharf umrissene Erklärungen voraus, zu denen ein kluger, seiner Verantwortung sich bewußter Staatsmann wohl nur überaus selten zu bewegen sein dürfte, und so bekommt der Ausfrager in der Regel doch nur Selbstverständlichkeiten oder aber diplomatisch verzwickte Worte zu hören. Anders gestaltet sich der Verlauf eines Gesprächs, wenn sich Gelegenheit bietet, sich mit einem verantwortlichen Politiker zwanglos zu unterhalten: die einzelnen Konturen mögen da wohl viel weniger scharf sein, aber die allgemeine Stimmung tritt dafür um so deutlicher in Erscheinung. Und auf diese kommt es ja schließlich an, wenn man politische Diagnosen stellen will.

Herr Konstanty Skirmunt, der neue polnische Minister des Auswärtigen, bot mir neulich in dankenswerter Weise eine derartige Gelegenheit, und das Stündchen, das ich in seinem Arbeitszimmer in völlig zwanglosem Gespräch mit ihm verbrachte, hat mir vieles eingebracht und manches erklärt. Weder stellte ich blühende Fragen noch gab mir Herr Skirmunt blühende Antworten, aber der Meinungsaustausch war von um so höherem Interesse, bot mir doch einige Einblicke in die Gedankengänge der polnischen auswärtigen Politik.

Ich erinnere mich des Herrn Skirmunt noch aus seiner Petersburger Zeit, wo er dem zarischen Reichsrat als Vertreter des polnischen befestigten Grundbesitzes angehörte. In weitem politischen und politisierenden Petersburger Kreisen war er damals wenig bekannt, jedenfalls weniger als sein ebenfalls polnischer Reichsratskollege Szembek — der spätere polnische Gesandte in Berlin, dessen nicht seltenes, stets temperamentvolles Auftreten im russischen Herrenhause die Petersburger Presse wiederholt beschäftigte. Skirmunts Tätigkeit vollzog sich damals mehr hinter den Kulissen, in der stillen und emsigen Arbeit der Kommissionen, der Partei- und Fraktionsitzungen. Aus dem Jahre 1911, als ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der polnischen Reichsratsfraktion und dem damals allmächtigen zarischen Ministerpräsidenten Stolypin wütete, entsinne ich mich eines charakterisierenden Ausspruches Stolypins: „Herr Skirmunt ist Politiker, Herr Szembek macht aber nur Politik.“ Und Stolypin kannte seine Gegner, pflanzte sie meistens richtig einzuschätzen und zu bewerten.

Was ich in meiner Unterhaltung mit Herrn Skirmunt zu hören bekam, machte auf mich den Eindruck, als ob er wirklich die Außenpolitik Polens mehr leiten als machen, mehr mit dem politisch nun einmal Gegebenen ernstlich wirtschaften als neue Momente schaffen wollte. Zweierlei ist aber für ihn das unerrückbar Gegebene: die minutiöse Ausführung des Versailler Vertrages und das intimste Einvernehmen zwischen Polen und Frankreich. Within vertritt er den französischen Standpunkt in der europäischen Staatenpolitik: was Versailles einmal gesprochen hat, ist gewissermaßen von Ewigkeitswert und unterliegt nicht einmal in den Ausführungsbestimmungen irgendeiner Korrektur. Höchstens — um abermals einen Stolypinschen Lehrsatz anzuwenden — „erst Siedbuden, dann Reformen“. Darin liegt meines Erachtens die Hauptschwäche des politischen Credo des Herrn Skirmunt. Zugabe: Dura lex sed lex, aber schließlich hat auch die starre Rechtsnorm allüberall Obergerichte, Senate und Reichsgerichte geschaffen, die ein geschriebenes Gesetz deuten, kommentieren, mit dem immanenten Rechtsempfinden der Zeitläufte in Einklang zu bringen versuchen. Die wirkliche Politik sollte mehr ausgleichen als exekutieren.

Nun gebe ich ja zu: Herr Skirmunt hat mir gegenüber auch vom Ausgleichen der europäischen, namentlich der polnisch-

deutschen Gegensätze gesprochen, sogar sehr ernstlich und nachdrücklich gesprochen. Was er mir von den gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der beiden Nachbarländer, von dem Unpassenden und Unflugen Kleiner und Kleinerer Schikanen, von der Notwendigkeit eines eigenen Kulturlebens und eines ausgiebigen Schutzes der deutschen Minorität in Polen sagte, enthielt zwar nur Selbstverständliches, aber in der Zeit, in der wir gegenwärtig leben, muß man einem leitenden Staatsmann schon für das Betonen einer politischen und moralischen Selbstverständlichkeit verbunden sein. Auch die von Herrn Skirmunt mir gegenüber geäußerte Hoffnung auf einen „Kompromiß in der obereschlesischen Frage, der beide Parteien befriedigen soll“, mag mit Vergnügen verzeichnet werden, obwohl Herr Skirmunt es vorerst ablehnen zu müssen glaubte, auch nur die allgemeinen Grundlinien eines derartigen Kompromisses anzudeuten. Ich gewann jedenfalls die Ueberzeugung, daß der derzeitige Leiter der auswärtigen Politik Polens gern bereit ist, die bisher leider sehr scharfen Ecken dieser Politik, soweit dies von ihm abhängt, eher abzuglätten als noch weiter zuzuspitzen.

Ich betone ausdrücklich: soweit dies von ihm abhängt — und damit komme ich zu dem springenden Punkt in der Bewertung und Auswertung der kommenden polnischen Außenpolitik. Seinem Urwesen nach läßt sich das Polenwoll zweifellos weit mehr denn irgendein anderes europäisches Volk von einer starken Hand fast widerspruchslos leiten. Der ausgeprägte Individualismus, der Widerspruchsgelast, die Kampfbegier, das stehige Unzufriedensein des Einzelpolen, kurzum das historische Erbteil Polens, das schon so oft den polnischen Staat zerfallen ließ, trat noch jedesmal nur dann an die Oberfläche und äußerte seine verheerende staatszerstörerische Wirkung, wenn es bei der obersten Leitung und Führung an dieser starken Hand gebrach. Binzenj Witos, der seit nunmehr Jahresfrist die Risse in der stets im bunten Wechsel befindlichen polnischen Regierung mit Fleiß und Geschick zu überkleistern versucht, ist gewiß kein Schwächling, aber seine eigentliche Stärke und Kunst liegt schließlich doch nur in der inneren, in der Partei- und Fraktionspolitik; für Polens auswärtige, „große“ Politik muß infolgedessen der jeweilige Außenminister der Rzeczpospolita führend tätig sein und verantwortlich zeichnen. Wird nun davon Herr Skirmunt die hieszulande nun einmal unbedingt notwendige starke Hand zeigen?

Er hängt zunächst von zwei außerhalb seines Willens und Könnens liegenden Potenzen ab: der Pariser Amtsstube und der Warschauer Straße. Jene diktiert ihm mit der ganzen Machtbekundung des Erzeugers gegenüber dem unermündlichen Kinde; diese verwechselt ihre angestrebte Diktatur mit einer falsch verstandenen Demokratie. Es fällt einem polnischen Außenminister wahrlich nicht leicht, zwischen diesen beiden Potenzen eine Diagonale der Kräfte zu ziehen und sich diese für Polens Zukunft dienstbar zu machen — man müßte denn die Germania delenda als solche verbindende Mittellinie nehmen, die aber doch schließlich mehr oder minder nur Augenblickswert hat und mit der man somit politische Wechsel auf lange Sicht nicht ziehen kann. Man täuscht sich überdies, wenn man annimmt, daß die polnische öffentliche Meinung, soweit sie in der polnischen Presse zum Ausdruck kommt, so ohne weiteres und reslos durch die dünn mit dem diktierten Frankreich geht und stets zu gehen gewillt ist.

Das blutjunge polnische Kind ist nämlich inzwischen recht verwöhnt geworden und versteht gar gut zu maueln, wenn die französische Bombe in seltenen Fällen ihm etwas nicht zu Gefallen tut. Wir erleben dies jetzt aus dem sonst doch so regierungsfremden „Narod“, der sich über das „Dogma der Briandschen Unflexibilität“ boshaft lustig macht; wir hören dies aus dem sonst nichts-als-franzosenfreundlichen „Kurjer Poranny“, der soeben vor einer „französisch-belgischen Vorkundenschaft über die schwarzen Diamanten von Rattowiz und Beuthen“ warnt. Also einerseits der gebietend erhobene Finger auf dem Quai d'Orsay — auf der anderen Seite lärmende Warschauer Rotationsmaschinen. Und zwischen beiden eingeklemmt der nach Ausgleichen ausblickende ver-